

Kreisparteitag der CDU Düsseldorf – Forum „Innere Sicherheit“

am 13. November 2010

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Kreisparteitags der CDU Düsseldorf lag im Bereich der „Inneren Sicherheit“. Das entsprechende Forum dazu – geleitet von der Bundestagsabgeordneten Beatrix Philipp, Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages – diskutierte engagiert verschiedene Facetten der Innenpolitik.

Allgemeine Ergebnisse

Festgestellt wurde, dass das momentane Befinden der Bevölkerung geprägt sei durch ein Wechselbad der gefühlten Sicher- bzw. Unsicherheit. Damit verbunden sei der Wunsch nach einer effektiveren Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Erörtert wurde auch die Bedeutung des Rechtsstaates vor dem Hintergrund der Entwicklung in den Städten Stuttgart und Gorbilgen, die bei vielen Menschen nicht nur Verunsicherung, sondern auch Angst ausgelöst hätten.

Fehlende Anerkennung von Leistungsträgern und fehlende Anerkennung für Menschen, die bereit seien, Verantwortung zu übernehmen, sei ein großes Problem innerhalb der Gesellschaft. Im Gegensatz zu dieser Form der Gleichgültigkeit sei das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen, besonders im Hinblick auf die Sozialgesetzgebung und die Ordnungspolitik im Bund, stark ausgeprägt. Viele Bürgerinnen und Bürger seien verletzt, weil sie Entscheidungen in diesen Bereichen nicht mehr nachvollziehen könnten.

Einig war man sich darüber, dass es ein großes Defizit gebe im Hinblick auf das Wissen über die Ziele und die Motivation der Linkspartei. Mit Blick auf Stuttgart und Gorbilgen wurde festgestellt, dass ein großzügiges Versammlungs- und Demonstrationsrecht ein wichtiges Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik sei, der Missbrauch dieser Rechte jedoch effektiver bekämpft werden müsse, vor allem dann, wenn wichtige Infrastrukturprojekte bereits jahrelang in der Planung und entsprechende Verträge verbindlich abgeschlossen worden seien.

Integration: Deutsche Islamkonferenz (DIK)

Das Forum beschäftigte sich auch intensiv mit der Deutschen Islam Konferenz (DIK). Die DIK – als Rahmen für den Dialog mit den in Deutschland lebenden Muslimen geschaffen – gibt neben Empfehlungen zu Integration und Wertekonsens auch wichtige Werteempfehlungen zu bedeutenden Fragen des alltäglichen Zusammenlebens wie z. B. der Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht oder dem Umgang mit dem Kopftuch in Schulen. Konsens herrschte darüber, dass gezielte Präventions- und Integrationsmaßnahmen auch im Hinblick auf den überproportionalen Anteil nichtdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender unerlässlich seien. Des Weiteren sei Religionsfreiheit keine Einbahnstraße und beruhe auf Gegenseitigkeit. Entscheidend sei, dass sie ohne Zwang und ohne Unterdrückung gelebt und praktiziert werden könne und dass Toleranz dabei nicht als Schwäche gewertet werde.

Reform des Zuwanderungsgesetzes (Richtlinienumsetzungsgesetzes) und des Staatsangehörigkeitsrechts

Moderne Integration – angepasst an die Lebenswirklichkeit – brauche ein entsprechendes Zuwanderungsgesetz. Vor diesem Hintergrund kam man überein, dass mit einer Festsetzung des Mindestalters (18 Jahre) und der Koppelung des Nachweises von Grundkenntnissen der deutschen Sprache an den Ehegattennachzug die EU-Richtlinie nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ umgesetzt werden solle. Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration und eine dementsprechende Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben seien zudem ausreichende Kenntnisse über Staat, Geschichte und Kultur der Bundesrepublik. Das Staatsangehörigkeitsrecht müsse entsprechend geändert werden und der Einbürgerungstest an Bedeutung gewinnen.

Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz und Neuorientierung der Aussiedler- und Minderheitenpolitik

Zuwanderung: ja oder nein? Auch diese Frage wurde mit großem Engagement diskutiert. Mit der Steuerung der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte sollten Akademiker aus Drittstaaten – unter Beibehaltung des Vermittlungsvorrangs inländischer Arbeitssuchender – Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Ferner müsse neben der Vergleichbarkeit von internationalen Abschlüssen auch die Vergleichbarkeit von Ausbildungsgängen und Ausbildungsinhalten vorangetrieben werden.

Trotz der Neuordnung der Aussiedlerpolitik wurde festgehalten, dass es bei dem besonderen Status der Aussiedler- und Spätaussiedler innerhalb der verschiedenen Zuwanderungsgruppen bleiben soll. Deutschland solle sich mit Blick auf die nationalen Minderheiten dem Schutz autochthoner nationaler Minderheiten verpflichtet fühlen.

Zensus 2011 und Regelung zum Arbeitnehmerdatenschutz

Neben der Integrationspolitik wurden auch der Zensus 2011 und der Arbeitnehmerdatenschutz im Forum „Innere Sicherheit“ erörtert. Dabei wurde deutlich, dass die erstmalige Durchführung eines registergestützten Zensus in Deutschland mit interviewgestützten Stichproben erfolgen solle. Der Zensus sei notwendig, um eine neue verlässliche Datengrundlage für die Planungen des Bundes, der Länder und Gemeinden zu schaffen.

Mit Blick auf den Gesetzentwurf der schwarz-gelben Bundesregierung in Sachen Arbeitnehmerdatenschutz wurde festgestellt, dass der Entwurf einen angemessenen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber schaffe. Er diene zudem auch einem effektiven Betriebsablauf und der Korruptionsbekämpfung.

Vorratsdatenspeicherung bzw. Bekämpfung von Kinderpornographie und elektronischer Personalausweis

Im Zeitalter des Internets widmete sich das Forum auch der Frage der Vorratsdatenspeicherung. Die verfassungsrechtliche Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung müsse zeitnah umgesetzt werden. Die Einführung der Speicherfristen und der Grundsatz „Sperrern und Löschung“ unterstütze die Bekämpfung der Kinderpornographie durch das BKA. An die Bundestagsfraktion der Union wurde der dringende Appell gerichtet, hier mit dem Koalitionspartner FDP zu einer Lösung zu kommen.

Für mehr Sicherheit im Internet wurde festgehalten, dass mit der Einführung des elektronischen Personalausweises ein großer Schritt nach vorne gemacht worden sei. Das Internet sei eine „kritische“ Infrastruktur – ähnlich wie die Strom- und Wasserversorgung, und kritische Infrastrukturen müssten der Bevölkerung dauerhaft und zuverlässig zur Verfügung stehen. Dies sei auch eine Aufgabe der Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand. Die Menschen hätten zudem vorrangig Angst vor Datenmissbrauch durch den Staat, nicht vor Datenmissbrauch durch private Unternehmen mit finanziellen Interessen.

Luftfrachtsicherheit und Polizei

Thematisch abgerundet wurde das Forum durch die Bereiche „Luftfrachtsicherheit“ und „Polizei“. Hinsichtlich der Luftfrachtsicherheit kam man zu dem Ergebnis, dass Sofortmaßnahmen auf europäischer Ebene abzustimmen seien. Die Sicherheit von Flughäfen in Drittstaaten („Schwarze Liste“) müsse einer abgestimmten Bewertung unterzogen und Flughäfen, die nicht als sicher eingestuft seien, mehr kontrolliert werden. Notwendig sei auch ein Raster zum herausfiltern verdächtiger Sendungen. Kritisiert wurde, dass die Regelungen zu Sicherungsmaßnahmen derzeit nicht einheitlich seien. Die Zuständigkeiten für die Bereiche der Sicherheit und der Gefahrenabwehr seien daher zu überprüfen.

Was die Polizei betrifft, wurde die Auffassung vertreten, dass die Rechtssicherheit bei Amtsausübung verbessert werden müsse. Zudem erforderten besondere Einsätze auch eine besondere Honorierung in Form von differenzierten Zulagen.